

In dieser Ausgabe:

- ❖ **EU:** GRENZÜBERGREIFENDE EVALUIERUNG ALS „AUSWEICHMANÖVER“
 - ❖ **BELGIEN:** CHANCENGLEICHHEIT IN FLANDERN BESCHNITTEN
- ❖ **DÄNEMARK:** ZU HOHER VERWALTUNGS-AUFWAND AN UNIVERSITÄTEN?
 - ❖ **DEUTSCHLAND:** STEUERSENKUNGEN GEFÄHRDEN BILDUNGSZIELE
 - ❖ **GRIECHENLAND:** HOCHSCHULASYL WEITER UMSTRITTEN
- ❖ **GROSSBRITANNIEN:** HOCHSCHULEN MIT INTERNATIONALEN AMBITIONEN
 - ❖ **ITALIEN:** GELMINI-REFORM IM PARLAMENT
- ❖ **NIEDERLANDE:** WISSENSCHAFTLICHER NACHWUCHS UNTER AUSLÄNDERN GESUCHT
 - ❖ **NORWEGEN:** AKADEMIKER RUFEN ZU ISRAELBOYKOTT AUF
 - ❖ **ÖSTERREICH:** PROTESTE GEGEN BILDUNGSABBAU
 - ❖ **POLEN:** TRÜGERISCHE ZUFRIEDENHEIT
 - ❖ POLNISCHE HOCHSCHULREFORM, STUFE 2
 - ❖ **RUSSLAND:** EXPORTKONTROLLE DES WISSENS
 - ❖ **SCHWEIZ:** HOCHQUALIFIZIERTE AUSLÄNDER SOLLEN BLEIBEN
 - ❖ **SPANIEN:** BOLOGNAREFORM MIT HINDERNISSEN

EU: GRENZÜBERGREIFENDE EVALUIERUNG ALS „AUSWEICHMANÖVER“



Konrad Liessmann, geb. 1953, Philosophieprofessor an der Universität Wien, war „Wissenschaftler des Jahres 2006“

Seit zwischen Deutschland und Österreich in diesem Jahr erstmals grenzüberschreitend Studiengänge akkreditiert werden können, wachsen die Bedenken gegen diese Form der Europäisierung.

Die Medizinische Universität Graz ließ mehrere Kurrikula durch die deutsche Agentur ACQUIN akkreditieren. Was für Vizepräsident Gilbert Reibnegger* ein Segen – „dass die internen Kritiken und Widerstände verstummen würden, wenn wir die Akkreditierung schaffen“ – ist für andere ein Fluch.

Der Philosoph Konrad Liessmann** etwa sieht in der Akkreditierung im Ausland nichts Gutes: „Das erinnert daran, wie es Beratungsagenturen für Unternehmen machen: Wenn man unliebsame Maßnahmen durchführen will, Massenentlassungen oder Ähnliches, dann holt man sich einen Unternehmensberater, der einem genau das vorschlägt. Das sind Ausweichmanöver.“ Liessmann fürchtet auch zu viel unnötige Bürokratie: „Ich brauche keine Zertifizierungsagentur, um zu wissen, dass das Betreuungsverhältnis zwischen Professoren und Studenten in manchen Studienrichtungen katastrophal ist. Die Studienrichtungen Psychologie, Publizistik und die ganze Wirtschafts-Uni müsste man dann zusperren. Das wird natürlich niemand machen, also was soll das Ganze? Das Maß an Kontrolle steht in keinem Verhältnis mehr zu dem, was kontrolliert wird.“ [1292]

*Interview mit G. Reibnegger (Graz), Der Standard, 28.09.2009 |

**Konrad Liessmann in Der Standard, 21.10.2009

CHANCENGLEICHHEIT IN FLANDERN BESCHNITTEN

Flanderns Einsparungen in der Krise (*siehe Bulletin N°035 - 14.10.2009*) fordern erste Opfer: Bis Ende des Jahres muss der Stützpunkt für Chancengleichheit in der Bildung GOK in Löwen schließen.

Kris Van den Branden, Professor für Linguistik und einer der Direktoren des Instituts, ist enttäuscht von Bildungsminister Pascal Smet: „Bei seinem Amtsantritt hat er Chancengleichheit und Spracherwerb zu vorrangigen Aufgaben erklärt. Jetzt schließt er ein Zentrum, das den Sprachunterricht, die Lehrerbildung und die Vielfalt vom Kindergarten bis zur Hochschule fördert.“ Smet dagegen ist überzeugt, dass das Fachwissen des GOK in den Universitäten erhalten bleibt, und weist die Kritik zurück: „Ein Kochbuch weniger verursacht keinen Hunger“, sagte er.

44 Mitarbeiter hat der GOK. Sie vermuten, dass Smet zuerst da kürzt, wo er nicht auf die Bildungsgewerkschaften stößt, und dass weitere Einrichtungen der Sprach- und Integrationsförderung bedroht sind. [914]

[Pressespiegel](#) zur Schließung des GOK (auf Niederländisch)

HOHER VERWALTUNGS-AUFWAND AN DÄNISCHEN HOCHSCHULEN

Ein Report der Consultingfirma McKinsey für das dänische Bildungsministerium hat allgemeines Ärgernis erregt. Besonders die Feststellung, dass die Universitäten 31 % ihrer Mittel für „Verwaltung“ verbrauchten, stieß auf Empörung.

Die Reaktionen auf den Bericht werden verständlich vor dem Hintergrund, dass die Hochschulen in nur drei Jahren weitreichende Reformen geschultert haben: Universitätsfusionen, Studiengebühren für Ausländer, Vermehrung englischsprachiger Angebote und Einführung von elitären Masterprogrammen.

Der Bericht sei lückenhaft und hätte sich einer Schlussfolgerung enthalten sollen, sagt Jens Oddershede, der Vorsitzende des Rektorenverbands Universities Denmark. In Unkenntnis etwa der internen Querfinanzierung in unterfinanzierte Bereiche könne er nur bruchstückhafte Beobachtungen mitteilen.

Eines dieser Bruchstücke: Medizinstudenten erhalten im Bachelor 76 % mehr Unterricht, im Masterstudium sogar 164 % mehr als Studierende der Geisteswissenschaften. [918]

Der [Bericht](#), 17.06.2009 | [Pressemitteilung](#) von Universities Denmark, 17.09.2009 (beide Dänisch)



Jens Oddershede, geb. 1945,
Vorsitzender von Universities
Denmark und Rektor der
Süddänischen Universität

DEUTSCHLAND: STEUERSENKUNGEN GEFÄHRDEN BILDUNGSZIELE

Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach auf dem „Bildungsgipfel“ vor einem Jahr, die Bildungs- und Forschungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Inlandsproduktes zu steigern – und hat dies nach ihrer Neuwahl erneut bekräftigt. In den Augen der Finanzminister der Länder ist dieses Ziel „ohne außergewöhnliche Etatsteigerungen“ bereits erreicht – ja sogar „deutlich

überschritten“ worden.*

Ohne mehr Ausgaben – wie ist das möglich? Die Finanzkrise und kreative Arithmetik machen’s möglich: Das deutsche Inlandsprodukt ist in der Krise gesunken, so dass bei gleichen Bildungsausgaben ihr Prozentwert steigt. Zudem haben die Finanzminister neue „Bildungsausgaben“ entdeckt: Kindergeld für Erwachsene, Immobilienwerte, Steuervergünstigungen bei Weiterbildung und Forschung oder Lehrerpensionen.

Die neue Regierung hat Steuernachlässe von über 20 Mrd. Euro angekündigt. Dies wird zu einer neuen Sparwelle in Schulen und Hochschulen führen, fürchtet die Bildungsgewerkschaft GEW: „Dabei wären jährlich 40 Mrd. Euro mehr im Bildungsbereich notwendig.“ [997]

*Zwischenbericht der Finanzminister laut dpa, 02.11.2009 | [Pressemitteilung](#) der GEW, 22.10.2009

GRIECHISCHES HOCHSCHULASYL WEITER UMSTRITTEN

Neuerliche Besetzungen haben das griechische Hochschulasyll – die Garantie der wissenschaftlichen Freiheit und das Zutrittsverbot für die Staatsgewalt – wieder in die Schlagzeilen gebracht.

Vier Tage lang war das Hauptgebäude der Universität von Athen besetzt. Die Besetzer aus dem anarchistischen Milieu protestierten gegen den Tod eines pakistanischen Flüchtlings in Polizeigewahrsam und forderten die Freilassung von acht bei Protesten festgenommenen Personen. Das Rektorat hielt vorbeugend engen Kontakt mit dem Bürgerschutzministerium.

Zur selben Zeit arbeitet die Universität von Kreta mit der Polizei und Studenten zusammen, um dem Drogenverkauf auf dem Campus Einhalt zu gebieten.

Die Regierungspartei PASOK bekräftigte dem zum Trotz das bestehende Gesetz: bei Straftaten kann die Hochschulverwaltung die vorübergehende Aufhebung des Asyls beantragen. [858]

BRITISCHE HOCHSCHULEN MIT INTERNATIONALEN AMBITIONEN



EVERSHEDS

Britische Hochschulen wollen (oder sollen) stärker ins Ausland expandieren. Zu diesem Ergebnis (oder Appell) gelangt eine aktuelle Umfrage der Firma Eversheds.

Mehr als zwei Drittel der befragten Hochschulen streben ins Ausland und bevorzugen Indien und China als Zielländer. Drei Viertel der Universitäten finden internationale Hochschulkooperationen „lebenswichtig zur Weiterentwicklung ihrer Ziele“, viele möchten Fernstudien anbieten, um schwer erreichbare Länder mit dem Heimatland zu verbinden. Fast die Hälfte würde einen Campus im Ausland eröffnen.

Aufschlussreiche Leserkommentare in *Times Higher Education*: Eine Leserin schrieb, die Konkurrenz der britischen Universitäten untereinander würde das Land schwächen, sie müssten mehr zusammenarbeiten. Ein Leser bemerkte, die Studenten in Übersee sollten doch nur die Finanzierungslücken zuhause schließen. [862]

[Pressemitteilung](#) und [Zusammenfassung der Studie](#) von Eversheds, 27.10.2009 (auf Englisch)

ITALIEN: GELMINI-REFORM IM PARLAMENT

Die lang erwartete Hochschulreform wurde diese Woche von Mariastella Gelmini im italienischen Parlament vorgestellt. Die Bildungsministerin will damit in erster Linie Transparenz, Meritokratie und Rationalisierung der Mittel erreichen.

Im Detail: Kampf dem Nepotismus und ein ethischer Kodex für den Konflikt privater und öffentlicher Interessen; eine neue Governance, die eine dritte Amtszeit für Rektoren ausschließt und dem Aufsichtsrat (mit Mitgliedern von außen) die geschäftsleitenden Kompetenzen zuteilt; eine qualitätsorientierte Finanzierung von Forschung und Lehre; die Möglichkeit der Synergie durch Fakultätsfusionen; neue Systeme der Dozentenrekrutierung.

„Die Reform hat gute Seiten, aber ohne Finanzierung riskiert sie zu scheitern“, sagt Enrico Decleva, Präsident der Rektorenkonferenz. Die Studentengewerkschaft UdU kommentiert: „Nein zum Einfluß der Privaten an den Hochschulen. Die Universität braucht mehr Mittel, Bewertung und Kontrolle der Lehrqualität, mehr Transparenz und Demokratie. Nein zu Reformen, die die Interessen Weniger wahren.“ [1062]

[Präsentation](#) der Reform auf der Regierungsseite, 28.10.2009 (auf Italienisch)

NIEDERLANDE: WISSENSCHAFTLICHER NACHWUCHS UNTER AUSLÄNDERN GESUCHT

Der Soziale Fonds für den Wissenssektor SoFoKles mit Sitz in Den Haag will mehr Ausländer für eine akademische Karriere begeistern. In den Niederlanden, so hat das Institut ermittelt, gibt es nämlich unter Wissenschaftlern so gut wie keine aus Übersee, obwohl sie in der Studentenpopulation gut vertreten sind.



Um die niederländische Wissenschaft „bunter“ zu machen, greift SoFoKles nun in die Tasche: 200.000 Euro werden in Utrecht, Rotterdam, Leiden und Amsterdam in das „Studentenassistenten-Programm“ investiert. 40 begabte Studierende erhalten am Ende ihres Bachelorstudiums die Chance, fünf Monate Erfahrungen in der Wissenschaft zu sammeln, und können spezielle Kurse belegen. Diese „Studentenassistenten“ werden von Dozenten betreut, die eigens dafür als interkulturelle Experten ausgebildet werden. [807]

[Webseite](#) von SoFoKles | [Studie](#) zur hochschulischen „Diversität“, 08.07.2008 (auf Niederländisch)

NORWEGISCHE AKADEMIKER RUFEN ZU ISRAELBOYKOTT AUF

Der Vorstand der norwegischen Universität von Trondheim wird im November über einen Boykott der israelischen Hochschulen abstimmen. Ein solcher Boykott wäre ein Präzedenzfall in Europa.

Anlass dafür ist eine Petition von Mitarbeitern der Universität. Sie fordern den Boykott, weil israelische Akademiker ihrer Meinung nach eine entscheidende Rolle in der Waffenindustrie, bei der Besetzungspolitik und bei der Diskriminierung palästinensischer Studenten und Wissenschaftler spielen. Zu einem Seminar über die israelisch-palästinensische Politik wurden ausschließlich israelkritische Wissenschaftler eingeladen.

In einem Brief an den norwegischen Premierminister Jens Stoltenberg bezeichnete der Direktor des Simon-Wiesenthal-Zentrums für Internationale Beziehungen Shimon Samuels das Seminar als „neue Phase in Norwegens Verstrickung in Judenfeindlichkeit und fataler anti-israelischer Bigotterie“. Der geplante Boykott ist von der Kampagne inspiriert, die Sue Blackwell 2005 in Großbritannien gegen die Universitäten von Haifa und Bar-Ilan führte. Alle Pläne von Israelboykotten an britischen Universitäten sind bisher gescheitert. [1132]

Offener Brief der Boykottbefürworter, 11.05.2009

ÖSTERREICH: PROTESTE GEGEN BILDUNGSABBAU

Seit mehr als zehn Tagen herrscht Ausnahmezustand an zahlreichen Hochschulen Österreichs. Mit Protesten machen sich die Studierenden Luft gegen die Verschulung des Studiums durch den Bolognaprozess, die Pläne der Regierung, den Bachelor als Abschluss aufzuwerten, die Budgets für Bildung und Forschung und die Vielfalt der Studienangebote zu verkleinern.

Seit dem 21. Oktober gab es Besetzungen an mehreren Hochschulen Wiens, in Graz und in Innsbruck. In anderen Universitätsstädten fanden Vollversammlungen statt. An Demonstrationen nahmen Tausende von Studenten teil.

Die Forderungen und Kritiken der Studenten sind bar der Vorsicht hochschulpolitischer Diplomatie: Zugangsbeschränkungen, geringe Bildungsteilnahme, „Bildung ohne Banken!“, Rechte für Schüler und Lehrer, Verteuerung, Elitebildung und Hochschuldemokratie waren die Schlagworte. [845]

Informationsportal der Studierenden: www.unsereuni.at

POLEN: TRÜGERISCHE ZUFRIEDENHEIT



Katarzyna Chałasińska-Macukow, geb. 1946, Präsidentin der polnischen Rektorenkonferenz KRASP und Rektorin der Universität Warschau

Die Zufriedenheit an polnischen Universitäten ist laut einer Umfrage so groß, dass sie misstrauisch stimmt.

Die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* hat im Oktober eine Studie bestellt, für die knapp 1200 Studenten und 370 Dozenten befragt wurden. Um die 90 % der Befragten waren zufrieden mit dem Studium bzw. ihrer Lehrtätigkeit und stolz darauf; fast alle Dozenten halten sich für gut qualifiziert und ihre Studenten für fit, alle zollen einander Respekt und Anerkennung.

Die Studie selbst weckt Zweifel an diesem Idyll, denn 54 % der Studenten geben zu, bei Prüfungen zu mogeln, und 39 % der Dozenten, dass sie es sehen und ein Auge zudrücken.

Katarzyna Chałasińska-Macukow, Rektorin der Universität Warschau, ist skeptisch: „Nicht auf die Selbseinschätzung der Studienanfänger und Wissenschaftler kommt es an, sondern auf die Qualität der Ausbildung. Erst der Arbeitsmarkt wird zeigen, was sie wert ist.“ [901]

Die Studienergebnisse, *Gazeta Wyborcza*, 19.10.2009 (auf Polnisch)

POLNISCHE HOCHSCHULREFORM, STUFE 2

Am 18. Oktober hat Wissenschaftsministerin Barbara Kudrycka ihren Reformplan mit der Rektorenkonferenz KRASP diskutiert und ihn am 19. im Parlament vorgestellt. Am 28. Oktober wurde er verabschiedet.

Im Wesentlichen besteht die Reform in der Spitzenförderung: vier ausgewählte Wissenschaftszentren und die 20 Fachrichtungen mit den höchsten Akkreditierungswerten sollen Sondermittel erhalten, es gibt Stipendien für das beste Drittel der Doktoranden und, erstmals, staatliche Gelder für private Hochschulen. Weitere Neuerungen betreffen die Governance der Hochschulen, die Gestaltung der wissenschaftlichen Laufbahn, Maßnahmen gegen Vetternwirtschaft, Gebühren für das Zweitstudium und Vereinfachung der Habilitation. Der Wunsch der Rektoren nach generellen Studiengebühren und nach dem Verbot der Mehrfachbeschäftigung von Dozenten wurde nicht erfüllt. [853]

Zusammenfassung der Reform, Polnische Presseagentur PAP, 28.10.2009 (auf Polnisch)

RUSSLAND: EXPORTKONTROLLE DES WISSENS

St. Petersburger Geisteswissenschaftler müssen ihre Arbeiten doch nicht kontrollieren lassen, bevor sie sie im Ausland veröffentlichen dürfen. Was ist geschehen? – Nach dem postsowjetischen Rechtsvakuum sollte das Exportkontrollgesetz von 1999 verhindern, dass weiter strategische Forschungsergebnisse im Ausland verkauft werden. Seither müssen Forscher vor Publikationen und Auslandsreisen ihre Ergebnisse von ihrer Fakultät kontrollieren lassen. In Petersburg, Position 168 im THE-Ranking, wurde dies lax gehandhabt, und das lang bestehende Gesetz sollte jetzt tatsächlich angewandt werden. Doch die Order von Anfang Oktober d. J. machte schnell im Internet die Runde und löste empörte Proteste aus. Sie wurde jetzt, möglicherweise weil sowohl Medwedjew als auch Putin in Petersburg studiert haben und einer von beiden interveniert ist, für die Geistes- und Sozialwissenschaften wieder zurückgezogen. [902]

Beitrag der New York Times, 01.11.2009 (auf Englisch)

SCHWEIZ: HOCHQUALIFIZIERTE AUSLÄNDER SOLLEN BLEIBEN

Die Schweiz möchte die im Inland ausgebildeten Ausländer mit Hochschulabschluss nicht wieder verlieren.

Etwa 9000, also ein Drittel der 28.000 ausländischen Studenten an Schweizer Universitäten stammen von außerhalb der EU. Viele müssen trotz hervorragender Ergebnisse nach dem Abschluss ausreisen.

Mitte Oktober wurde daher eine Gesetzesänderung vorgelegt, nach der Absolventen ohne EU-Pass bleiben dürfen, „wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Interesse ist“.

Der Vorschlag wurde von allen Sozialpartnern positiv aufgenommen – mit zwei Einwänden: Sowohl die Universitätenkonferenz als auch der Gewerkschaftsbund mahnten, die Schweiz solle nicht zur Profiteurin des Braindrains aus Entwicklungsländern werden und diese durch internationale Programme

unterstützen. Die Gewerkschafter fordern überdies, auch die Ausländer ohne Studium zu integrieren. [890]

[Vorentwurf des Gesetzes](#), 19.06.2009 |

[Erklärung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes](#), 14.10.2009

SPANIEN: BOLOGNAREFORM MIT HINDERNISSEN

Es allen recht zu machen ist nicht einfach, und Studien- mit Bologna-reformen unter einen Hut zu bekommen, auch nicht. Das bekommen die Medizin- und Architekturstudenten Spaniens jetzt zu spüren, denn ihr Pensum wird um 120 ECTS-Punkte bzw. ein Studienjahr erhöht und ihr Abschluss als Bachelor definiert.

ECTS wurde in Spanien erst dieses Jahr eingeführt, 240 Punkte braucht es in der Regel für einen Bachelor. Durch ihre Sonderbehandlung sehen sich Medizin und Architektur nun benachteiligt: ein Jahr länger (d.h. 6 bzw. 4 Jahre) sollen sie studieren, um nur einen Bachelor zu erreichen. Als Ingenieur hat man schon bei 300 Punkten einen Master in der Tasche.

Nach zähen Verhandlungen mit dem Staatssekretär für Universitäten Màrius Rubiralta Ende Oktober haben die Berufsverbände nun erwirkt, dass in beiden Fächern mit nur 60 weiteren ECTS-Punkten ein Mastertitel erlangt werden kann. [887]

[Pressemitteilung](#) der Ärztegewerkschaft von Granada 20.10.2009 |

[Pressemitteilung](#) des Bildungsministeriums, 23.10.2009 (beide auf Spanisch)